

Forstpolitik im Wahljahr 2021

Im Zuge der anstehenden Bundestagswahlen am 26. September 2021 ist der Wald und seine Bewirtschaftung mehr denn je in den Fokus der Bundestagsparteien gerückt. Die Sichtweisen auf den Wald und welche Rolle er in Zukunft unter anderem für den Klimaschutz und den Artenschutz einnehmen kann, werden kontrovers diskutiert. Hinzu kommen vielfältige weitere Leistungen von nachhaltig bewirtschafteten Wäldern, die der Gesellschaft bereitgestellt werden. Politisch werden derzeit auf nationaler Ebene, aber auch auf internationaler Ebene die Weichen gestellt, die einen wesentlichen Einfluss auf die Waldbewirtschaftung und damit auf die Waldbesitzenden haben werden.



TEXT: FRANZ THOMA

Umsogenaue r lohnt es sich, jetzt einen Blick auf die Ziele der einzelnen Parteien im Zuge ihrer Wahlprogramme zu werfen. Dabei wird schnell klar, dass durch den Wahlkampf geprägt, zahlreiche politische Ziele geäußert werden, die für den Wahlkampf kurzfristige Gewinne versprechen sollen, gleichzeitig aber langfristig über die nächste Wahlperiode hinaus für die Waldbewirtschaftung und damit auch für die Gesellschaft sowohl national als auch global unvorhersehbare negative Konsequenzen haben. Forstpolitik eignet sich nicht für kurzfristige parteitaktische Spiele.

Nicht nur national erfordert die Bewältigung der Klimakrise deutliche Taten. Das Klima schützen heißt: uns selbst schützen. Der Klimawandel verursacht bereits jetzt enorme Schäden für die Menschheit und die Wirtschaft. Die teuerste Variante ist mit Sicherheit, nichts zu tun. Wir als Gesellschaft müssen uns folglich fragen, wie wir künftig leben und wirtschaften wollen und wie wir dabei unseren Weg zur Klimaneutralität in Deutschland bis zum Jahr 2045 ohne Einschränkung unseres gewohnten Lebensstandards erreichen. Es liegt an jedem Einzelnen, etwas aktiv für den Klimaschutz zu tun. Die Forstbranche trägt bereits aktiv zum Klimaschutz bei, zum Beispiel zur Energie- und Wärmewende und damit zur Zielerreichung, aus der Nutzung fossiler Energieträger auszusteigen. Im Jahr 2020 wurden über 19 % des deutschen Endenergieverbrauchs aus erneuerbaren Energien gedeckt. Insgesamt ist die

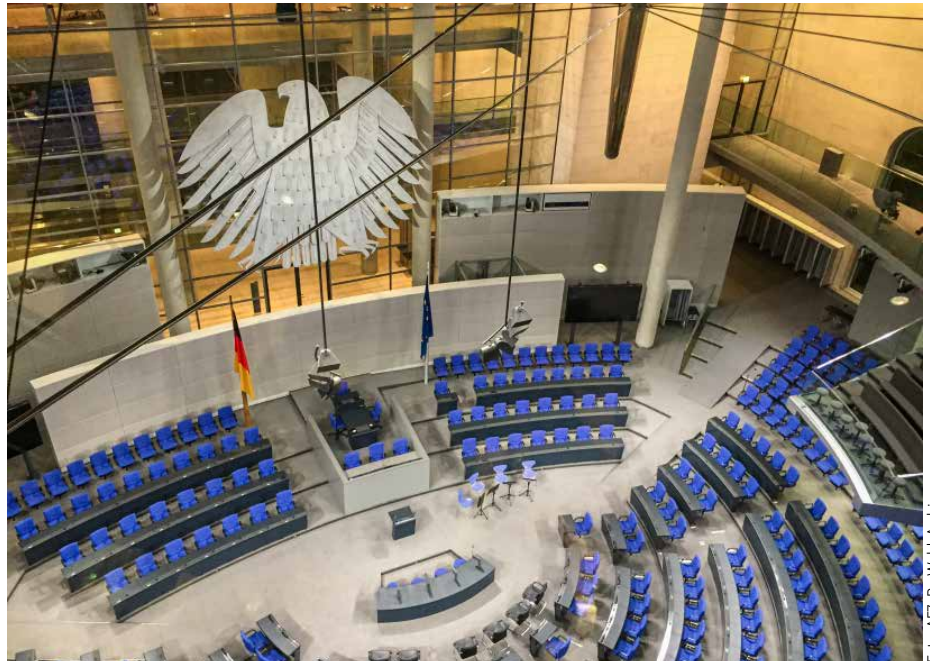


Foto: AFZ - DerWald - Archiv

Die Wahl zum 20. Deutschen Bundestag findet am 26. September 2021 statt. Es lohnt sich, einen Blick auf die Ziele der einzelnen Parteien im Zuge ihrer Wahlprogramme zu werfen. Der DFWR mahnt, Forstpolitik eigne sich nicht für kurzfristige parteitaktische Spiele.

Biomasse, darunter Holz, aufgrund ihrer vielfältigen Nutzungsmöglichkeiten in allen Sektoren mit einem Anteil von 52 % an der Bereitstellung von erneuerbarer Endenergie noch immer der wichtigste erneuerbare Energieträger. Deutlich wird dabei aber auch, dass noch viele Anstrengungen vor uns liegen, wenn am Schluss nicht 19 %, sondern 100 % des Endenergieverbrauchs aus erneuerbaren Energien gedeckt werden sollen. Um das zu erreichen, muss nicht nur die Gesellschaft mitgenommen werden, sondern v. a. die, die sich

seit Generationen um den Wald kümmern und mit der nachhaltigen Bewirtschaftung der Wälder zu einer Lösung im Klimawandel beitragen.

Der nachwachsende, regionale Rohstoff Holz aus unseren nachhaltig bewirtschafteten Wäldern stellt zudem nicht nur die Alternative zu fossilen Brennstoffen dar, sondern natürlich auch zu energieintensiven, endlichen Baumaterialien. Der positive Effekt bei der Nutzung von Holz liegt somit zusätzlich bei der Substitution von energieintensiv hergestellten und damit



klimaschädlicheren Materialien wie Beton, Stahl sowie bei der Substitution von Erdöl, Gas und Kohle. Der Weg raus aus dem fossilen Zeitalter hin zur Klimaneutralität wird nur mit dem Rohstoff Holz gelingen; das ist politisch anzuerkennen. Doch nicht jeder Partei gelingt es in diesem Zusammenhang, ihre eigenen Zielkonflikte aufzulösen. Denn einerseits soll die nachhaltige Waldbewirtschaftung und die Gewinnung des nachwachsenden Rohstoffes Holz in Deutschland und der EU durch politische Initiativen erschwert werden – ein Vorratsaufbau im Wald wird angestrebt – andererseits wird der Baustoff Holz für umweltschonendes Bauen in den Wahlprogrammen forciert. Der Klimawandel schreitet jedoch viel zu schnell voran, als dass es in diesen Zeiten noch vertretbar ist, sich hohe Ziele zu stecken, aber gleichzeitig nicht bereit zu sein, mit regionalen sowie nationalen Maßnahmen und Wertschöpfung zur Lösung beizutragen.

Die Einschränkung und Abschaffung der Nutzung von fossilen Energieträgern sowie die Abkehr von energieintensiven Baumaterialien in Deutschland, aber auch in der EU bis 2050, kann nicht durch die Einschränkung der Nutzung von nachwachsenden Rohstoffen wie Holz gelöst werden. Ganz klar muss das Konsumverhalten von Energie und Rohstoffen überdacht und sich mit deren Herkunft – mit Blick auf die Auswahl von emissionsarmen Rohstoffen – auseinandergesetzt werden. Schließlich ist davon auszugehen, dass der Ressourcenbedarf des Menschen in Zukunft kaum sinken wird. Deutschlands Energie- und Ressourcen hunger ist enorm groß. Auf der Rangliste der Länder mit dem höchsten Energieverbrauch ist Deutschland unter den Top 10. Gleichzeitig ist Deutschland ein rohstoffarmes Land, was fossile Rohstoffe betrifft. Energie muss also aus anderen Ländern bezogen werden. Der geopolitische Konflikt mit Russland als einer der größten Energielieferanten – für zum Beispiel Gas – kommt hier noch erschwerend hinzu und würde für eine verstärkte regionale Rohstoff- und Energiegewinnung sprechen, um die Abhängigkeiten nicht weiter zu steigern.

Deutschland muss zwingend in Zukunft auch weiterhin nachhaltig und mit hohen Standards regionale Wertschöpfung betreiben können und sei-

„Der Weg raus aus dem fossilen Zeitalter hin zur Klimaneutralität wird nur mit dem Rohstoff Holz gelingen! Die Politik ist jetzt gefordert, die richtigen Weichen zu stellen!“

FRANZ THOMA

ne Rolle als innovativer und nachhaltiger Bioökonomiestandort ausbauen, um einen ernst gemeinten globalen Beitrag zum Klimaschutz und Artenschutz zu leisten. Ein falsch verstandener Aktionismus im Sinne eines konsequenten Schutzgedankens auf den deutschen Wald bezogen, der das komplexe System „mit Mensch“ nicht berücksichtigt, wird uns unsere verschärften Klimaziele nicht erreichen lassen. „Die Zukunft ist unvermeidlich. Wie also wollt ihr sie gestalten?“, hat sich bereits der Schriftsteller Max Frisch gefragt.

Politische Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Waldbewirtschaftung schaffen

Der Deutsche Forstwirtschaftsrat fordert hinsichtlich der anstehenden Wahlen und der anstehenden Legislaturperiode die Parteien auf, politische Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Waldbewirtschaftung verlässlich und langfristig auszurichten. Deutschland ist bei der nachhaltigen Waldbewirtschaftung führend in Europa! Unsere Landschaft wird durch einen meist kleinräumigen Wechsel zwischen ländlichen und urbanen Räumen bei einer relativ hohen Bevölkerungsdichte geprägt. Mit rund 235 Einwohnern/km² ist Deutschland Spitzenreiter bei der Bevölkerungsdichte unter den großen Flächenstaaten in der Europäischen Union. Seit jeher ist deshalb der Wald als Kulturgut in Deutschland durch

menschliches Handeln und einen integrativen Bewirtschaftungsansatz geprägt. Unsere heute vielfältigen Waldbilder sind das Ergebnis der Arbeit von Generationen von Waldbesitzenden. Dabei entwickeln sich unsere Wälder und die Waldbewirtschaftung stetig weiter. Seit Jahrzehnten wird der Wald in klimastabile und gemischte Wälder umgewandelt – mit Erfolg!

Was sich geändert hat, sind die Anforderungen und Ansprüche, die an den Wald gestellt werden. Oft wird jedoch in der Betrachtungsweise von Umweltorganisationen nicht differenziert zwischen den Wäldern in Deutschland und weltweit. Im tropischen Regenwald und besonders im Amazonas schreitet der Waldverlust stark voran, insbesondere durch illegale Abholzungen. Ein riesiger Waldverlust ist auch in Afrika festzustellen. Dies gilt es, vehement zu stoppen. Dazu können wir auch durch unser Konsumverhalten einen Beitrag leisten und verstärkt auf den regional produzierten Rohstoff Holz zurückgreifen. Der Erhalt des Ökosystems Wald ist wesentlich, auch in Deutschland, wo übrigens die Waldfläche in den letzten Jahrzehnten stetig zugenommen hat. Walderhalt und die Waldbewirtschaftung sind wichtig für die Kultur und die kulturelle Identität. Wald ist das zweitgrößte Kulturgut nach der deutschen Sprache. Kulturlandschaften erbringen für uns Menschen eine wesentliche Grundlage menschlicher Identität. Schon immer haben wir Menschen in Deutschland die Landschaft für unsere Zwecke und Bedürfnisse beeinflusst, gestaltet und verändert. Kulturlandschaften sind keine statischen Gebilde. Unsere verschiedenartig strukturierten Kulturlandschaften mit ihrer spezifischen regionaltypischen Eigenart und Dynamik sind Ergebnis andauernder Prozesse, die von der gesellschaftlichen Entwicklung geprägt wurden und werden. Der Faktor Mensch kann bei Überlegungen zum Ökosystem Wald nicht ausgeblendet werden. Für viele private Waldbesitzende ist der Wald zudem Einkommensquelle, die auch in Zukunft erhalten bleiben soll.

Ökosystemleistungen der Forstwirtschaft vergüten

Die Waldbesitzenden haben durch die Pflege ihrer Wälder und deren Bewirtschaftung zu einer Vielzahl an Leistun-

gen für die Gesellschaft beigetragen, die größtenteils unentgeltlich in Anspruch genommen werden können. Gleichzeitig erschwert der menschengemachte Klimawandel die Walderhaltung und Waldbewirtschaftung immer mehr. Die Wälder leiden unter den Folgen des Klimawandels und müssen in noch viel kürzerer Zeit an den rasch voranschreitenden Klimawandel angepasst werden. Die langfristigen Kosten dafür sind enorm und können durch die erzielten Holzpreise nicht gedeckt werden. Insbesondere betrifft das die Betriebe, die für die nächsten Jahrzehnte keine Bäume mehr ernten können, weil diese dem Klimawandel zum Opfer gefallen sind. Vor allem für die Klimaschutzleistung fordert deshalb der DFWR einen Teil der Einnahmen der CO₂-Abgabe aus dem Energie- und Klimafonds (EKF) für die Klimaanpassung der Wälder und zur Sicherung ihrer Klimaschutzleistung einzusetzen und damit die Klimaschutzleistung zu vergüten. Dabei gilt es, die Leistung aller Waldbesitzenden und Waldbesitzarten zu honorieren.

Verstetigung der forstlichen Förderung (GAK)

Infolge von Dürre, Sturm und Borkenkäferkalamität hatte die Bundesregierung Ende 2019 ein Hilfspaket für die Waldbesitzenden auf den Weg gebracht. Für einen Zeitraum von vier Jahren wurden für Maßnahmen zur Bewältigung der Schäden durch Extremwetterereignisse insgesamt rund 480 Mio. € im Rahmen der GAK für die Förderung privater und kommunaler Waldbesitzer zur Verfügung gestellt. Diese Summe wurde durch die Bundesländer kofinanziert, sodass insgesamt rund 800 Mio. € für die Zeit bis 2023 zur Verfügung stehen. Bislang wird der Großteil dieser Gelder für die Beseitigung von Schäden durch Extremwetterereignisse, auch verursacht durch die klimawandelbedingten Waldschäden, verausgabt. Mit dem Voranschreiten des Klimawandels ist jedoch weiterhin mit Kalamitätsergebnissen zu rechnen. Die Anpassung der Wälder ist zudem eine Langfristaufgabe, die nicht innerhalb von wenigen Jahren abgeschlossen werden kann.

Die durch Bund und Länder im Rahmen verschiedener Soforthilfeprogramme zur Verfügung gestellten Mittel wer-

den bei Weitem nicht ausreichen, um den Bedarf zu decken, der sich aus Wiederbewaldung und der Anpassung der Wälder an den Klimawandel ergibt. Dafür benötigen die Forstbetriebe aber eine sichere ökonomische Grundlage. Das Förderinstrument der Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz (GAK) für die Forstbetriebe zur Schadbewältigung sowie für die Wiederbewaldung als ein wesentlicher Baustein muss für die nächsten beiden Generationen sichergestellt werden, um die Waldbesitzenden und Forstbetriebe in dieser sehr schwierigen Phase zu unterstützen und ihnen den Erhalt des Waldes vor allem auch ökonomisch zu ermöglichen. Zusätzlich ist in diesem Zusammenhang die Förderung von forstlichen Zusammenschlüssen und damit die Unterstützung des Kleinst- und Kleinprivatwaldes von essenzieller Bedeutung und muss deutlich vorangebracht werden.

Für eine starke flächendeckende und erfolgreiche Forstwirtschaft in Deutschland und Europa ist außerdem eine auch auf die Forstwirtschaft ausgerichtete EU-Agrarpolitik unverzichtbar. Außerdem bedarf es einer Förderung und Stärkung des ländlichen Raums und damit die Sicherstellung der Zukunftsfähigkeit der ländlichen Räume und auch der Forstwirtschaft. Dazu gehören ebenso die Digitalisierung und eine flächendeckende digitale Infrastruktur und die Förderung von Investitionen und Innovationen.

Instrumente zur Bewältigung von zukünftigen Kalamitätsergebnissen

Zahlreiche Sturmereignisse und Kalamitäten stellen die Forstwirtschaft in vielen Waldgebieten immer wieder und auch in Zukunft vor große Herausforderungen. Die Situation, in der sich die Forstwirtschaft seit den letzten Jahren kalamitätsbedingt befindet, hat gezeigt, dass dringender Handlungsbedarf hinsichtlich der Neugestaltung des Forstschäden-Ausgleichsgesetzes besteht. Der DFWR fordert und unterstützt eine Erweiterung, Harmonisierung und Zusammenführung einzelner Vorschriften im Rahmen der Neugestaltung des Gesetzes, um damit eine gesetzliche Grundlage für eine systematische Risikovorsorge und ein schnelles Handeln

im Kalamitätsfall zu erreichen. In diesem Zusammenhang gilt es, nicht nur den Auslösemechanismus und die Auslöseschwelle des Gesetzes neu zu definieren, sondern auch das bestehende Junktim zwischen steuerrechtlicher Erleichterung und der Einschlagsbeschränkung. Als Auslöseinstrument ist eine Stufenlösung (Ampellösung) zu implementieren, die in Abhängigkeit von den Ergebnissen eines Waldschadensmonitorings und der Einschätzung eines Sachverständigenremiums greift. Die Einschlagsbeschränkung wäre im Sinne einer Stufenlösung als Ultima Ratio zu betrachten.

Förderung von Bauen mit Holz und Holzverwendung

Der Baustoff Holz bindet als nachwachsender Baustoff CO₂ und leistet damit einen Beitrag zum Klimaschutz. Zukünftig gilt es, Holz als ökologischen und nachwachsenden Baustoff noch gezielter zu fördern. Dies gilt auch insbesondere mit Blick auf die immer knapper werdenden endlichen Baustoffe. Denn in manchen Regionen drohen Sand und Kies, die Grundstoffe von Beton, knapp zu werden. Für das Weltklima brauchen wir Alternativen zu Beton, da bei der Betonherstellung in großem Umfang CO₂ entsteht. Sand wurde in den letzten Jahren zu einer Ressource von entscheidender Bedeutung. Wüstensand ist z. B. nicht zur Betonverarbeitung geeignet. Deshalb haben Baukonzerne bislang Sand aus Flussbetten oder Kiesgruben abgebaut. Aber dieser Vorrat geht langsam zur Neige und so hat die Bauwirtschaft den Meeresboden ins Visier genommen. Die ungebremste Nachfrage vor allem aus der Bauindustrie gefährdet inzwischen ganze Ökosysteme.

Auf dem Weg zur Klimaneutralität im Gebäudesektor 2050 sollten Bund, Länder und Kommunen ihre Vorbildfunktion durch eine Holzbau-Offensive mit einem Mindesteinsatz von Holz oder weiteren nachwachsenden Rohstoffen bei öffentlichen Bau- und Beschaffungsvorhaben deshalb dringend umsetzen. Auch der Holzbau im privaten Bereich ist zu fördern. Die Verwendung von Holz als Bau- und Dämmstoff bindet schließlich nicht nur CO₂, sondern ist weiter Ersatz mineralischer sowie fossiler Bau- und Dämmstoffe. Holz



ist daher klimawirksam und wirtschaftlich höchst effizient. Das Bauen mit Holz und insgesamt die Holzverwendung ist zu fördern und weiter voranzutreiben. In der Baubranche beginnt sich die Verwendung von Holz erfreulicherweise immer mehr zu etablieren und die Nachfrage steigt.

Einige Parteien fordern, das Bauen mit Holz durch eine Holzbaustrategie zu fördern. Dies ist absolut der richtige Weg, nicht aber, wenn gleichzeitig die „Rettung der Wälder“ durch Nutzungseinschränkungen dem gegenübergestellt wird. Sollte die Holzproduktion in Deutschlands Wäldern deutlich zurückgefahren werden, wird die nachgefragte Holzmenge vermutlich auf den internationalen Märkten gekauft und die Produktion somit verlagert. Dies kann dazu führen, dass die nachhaltige und vorbildliche Nutzung, wie wir sie hier in Deutschland haben, eventuell nicht nachvollzogen werden kann. Durch reinen Prozessschutz wird der Forderung des Naturschutzes Rechnung getragen, nicht aber der Nachfrage nach dem nachwachsenden Rohstoff Holz. Diesen Zielkonflikt gilt es aufzulösen.

Sicherung der Rohholzversorgung für den Baubereich

Durch den Waldumbau nimmt seit den 1990er-Jahren der Nadelbaumanteil, insbesondere der Anteil der Fichte, zugunsten des Laubbaumanteils kontinuierlich ab. Die ausgeprägten Dürreperioden der letzten Jahre haben zusätzlich zu einer verstärkten Abnahme des Fichtenanteils geführt. Entgegengesetzt zeigt sich jedoch aktuell eine Nachfragesteigerung nach Bau- und Nadelholz. Stofflich genutztes Holz ist derzeit noch überwiegend Nadelholz, welches aufgrund des Waldumbaus künftig aber nur noch in geringerem Maße zur Verfügung stehen wird. Ohne Nadelholz wird es jedoch in Zukunft schwierig, bestimmte Vorhaben durchzuführen, solange Laubholz nicht gleichwertig eingesetzt werden kann.

Deshalb gilt es, jetzt Mischwälder mit Nadelholz zu begründen, sonst fehlen uns diese in der nächsten Generation. Die Forstwirtschaft muss für die Zukunft leistungsfähig bleiben und auf künftige Anforderungen ausgerichtet werden. Politische Entscheidungen, die in dieser Hinsicht getroffen werden, ha-

ben weitreichende Auswirkungen. Ein gut ausgewogenes und wahres Generationendenken muss deshalb jetzt einsetzen. Dabei muss auch an alternative Baumarten gedacht werden. Der Klimawandel und die Natur ist dynamisch und kann nicht durch ein statisches Denken und Handeln gelöst werden. Eine reine Politik des Bewahrens wird uns nicht zu klimaangepassten Wäldern mit klimaresilienten Baumarten führen. Das Potenzial verschiedener Herkünfte einheimischer Baumarten ist vor dem Hintergrund sich rasch ändernder Klimaverhältnisse, mit verschiedensten Wetterextremen und Schadereignissen, voll auszuschöpfen. Auch die Verwendung nicht heimischer Baumarten muss bei entsprechender Wuchsleistung und Erbringung übriger Ökosystemleistungen eines Standorts zulässig sein. Die Entwicklungen jetzt zeigen bereits, dass die Trockenstressgefährdung der Buche steigt und damit deren Eignung im Klimawandel abnimmt.

Energetische Holznutzung

Im Zuge des Klimawandels und vor allem im Hinblick auf den Klimaschutz muss der Ausbau der nachhaltigen Holzenergie vorangetrieben werden und darf nicht durch Detailregelungen ausgebremst werden. Die ambitionierten Ziele des Klimaschutzgesetzes werden wir nicht ohne die energetische Holznutzung erreichen. Die erforderliche Energie wird ohne eine Wärmewende und dabei vor allem ohne die Holzenergie nicht möglich sein. In der Regel wird Waldholz energetisch verwertet, das als Koppelprodukt entsteht und für das keine kosteneffiziente stoffliche Verwendung vorhanden ist. Die Ausweitung der stofflichen Holznutzung zum Aufbau eines CO₂-Speichers in Holzprodukten hat damit auch immer eine Ausweitung der energetischen Nutzung zur Folge – weshalb es insgesamt wichtig ist, die Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Waldbewirtschaftung zu sichern. Zudem ist bei der energetischen Verwertung der Substitutionseffekt zu fossilen Energieträgern hervorzuheben, bei gleichzeitig regionaler Wertschöpfung mit geringen Transportdistanzen und damit auch einer deutlich besseren CO₂-Bilanz in der gesamten Liefer- und Herstellungskette.

Forschung und Wissenschaft

Gleichzeitig muss natürlich verstärkt an vielfältigen Verwendungsmöglichkeiten für den Rohstoff Holz geforscht werden, sodass künftig neue Märkte entstehen können und durch neue Verwendungsmöglichkeiten Kohlenstoff langfristiger gebunden wird und weitere Materialien substituiert werden. Aus diesem Grund muss die Forschung ausgebaut und finanziell unterstützt werden, auch um die Intensivierung der Holzverwendung und die Entwicklung innovativer Verwendungen von Holz und Werkstoffen auf Holzbasis voranzubringen. Dies betrifft auch die Anwendungsmöglichkeiten von Laubholz in der Entwicklung neuer Produkte aus Holz, die in der Forschung intensiviert werden muss. Im Rahmen des Klimawandels ist zudem besonders die Forschung zu geeigneten, klimaresilienten Baumarten und Herkünften sowie zur Forstpflanzenzüchtung zu unterstützen. Außerdem birgt der Klimawandel für den Wald abiotische und biotische Waldschutzrisiken, die sich zukünftig häufen werden. Um entsprechend vorbereitet zu sein, ist die Forschung im Waldschutz auch als Prävention zu fördern.

Die rahmenpolitischen Entscheidungen für die Forstwirtschaft sollten generell immer auf Basis der Ergebnisse des forstwissenschaftlichen Diskurses getroffen werden. Nur die nüchternen und ideologiefreien wissenschaftlich gesicherten Erkenntnisse helfen der Forstwirtschaft, das für uns alle so wichtige und wertvolle Ökosystem Wald richtig zu verstehen und nachhaltig zu bewirtschaften.



Franz Thoma
thoma@dfwr.de

leitet die Geschäftsstelle des Deutschen Forstwirtschaftsrats (DFWR).